

abends



Sächsische Volkszeitung

Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen.
Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Freudenreich. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Organ der Zentrumspartei.

Geschäftsstelle und Redaktion:
Dresden-N. 10, Holbeinstraße 40
Fernsprecher 21306
Postcheckkonto Leipzig Nr. 14787



Versailles, den 16. Juni 1919. Die Antwort der alliierten und assoziierten Mächte erklärt, der von ihnen vorgeschlagene Friede sei von Grund aus ein Gerechtigkeitsfriede und entspreche den von beiden Teilen für den Waffenstillstand angenommenen Grundsätzen. Im einzelnen besagt die Antwort, daß an der Ostgrenze überall, wo der Volkswille zweifelhaft sei, Volksabstimmung vorgenommen würde. Danzig werde als Freistadt von Deutschland gelöst, um Polen freien Zugang zum Meer zu geben, aber nicht als Bestandteil Polens. Ob Oberschlesien deutsch oder polnisch werde, soll durch Volksabstimmung entschieden werden. Die politischen Bestimmungen des Friedensentwurfs über das Saargebiet bleiben unverändert. Die Abtretung deutscher Gebiete an Dänemark und Belgien soll nur Ergebnis freier Abstimmung der Einwohner sein. Andere Änderungen des Friedensentwurfs sollen nicht stattfinden. Deutschland also auch die Kolonien nicht zurückhalten. Am Schluß heißt es: Die Note und die beigelegte Deutschrück bedeuten das letzte Wort der alliierten und assoziierten Mächte. Sie beharren bei den Grundlinien des Vertrages, haben aber bedeutende Zugeständnisse in der Anwendung gewährt. Infolgedessen erwarten sie binnen fünf Tagen von der deutschen Delegation die Erklärung, daß sie bereit ist, den Vertrag so, wie er heute ist, zu unterzeichnen. Erfolgt diese Erklärung, so wird die sofortige Unterzeichnung des Friedens in Versailles herbeigeführt werden. Andernfalls bedeutet die gegenwärtige Mitteilung die Auflösung des Waffenstillstandes, und die Mächte werden die Maßnahmen ergriffen, die sie für notwendig halten, um ihre Bedingungen aufzuerlegen.

Borwärts!

Die Verhandlungen in der sächsischen Volkskammer haben dem Hohenzollern-Boden ausgeschlagen. Die Sozialisten wollen den Freistaat Sachsen zu einem "Musterstaat" machen. Nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Auch auf kulturellem Gebiete wollen sie ihr Parteioprogramm restlos durchführen. Als während des Wahlkampfes in einem sächsischen sozialdemokratischen Blatte verlangt wurde, daß das Erziehungsrecht der Kinder schon vom vierten Jahre ab an den Staat übergehen solle, hat man diese Forderung vielfach nicht ernst genommen. Leider! Bitter ernst ist es den Sozialdemokraten damit, und wenn sie sich jetzt "begnügen", den Eltern bereits vom sechsten Lebensjahr ab das Erziehungsrecht zu nehmen, so ist ja kein weiterer Schritt mehr bis zum vierten Jahre.immer und immer wieder muß betont werden, daß es sich um das Heiligste handelt, um die Seelen unserer Kinder. Bitter ernst muß es aber auch den christlichen und vor allem den katholischen Eltern sein, für das von Gott ihnen verliehene Erziehungsrecht zu kämpfen. Die Verhandlungen in der sächsischen Volkskammer haben gezeigt, daß äußerste Rot ist, haben dagegen, daß die sächsischen Sozialdemokraten auch vor dem Bruch des Reichsrechts nicht zurücktreten werden. Da man dort ja sogar gefordert, daß das Reich sich nach Sachsen richten soll, woran natürlich nicht zu denken ist.

Wir stehen in Sachsen nicht vor dem Kulturmarsch, wir stehen mitten darin. Aber noch wie vor liegt keinerlei Grund vor, zu verzagen, wenn wir einig und geübt zusammenstoßen. Mit tiefer, inniger Dankbarkeit wird das ganze katholische Volk in Sachsen den Protest begrüßen, den unser hochwürdigster Herr Bischof an das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts in Dresden gerichtet hat. Aber nicht nur bei den Katholiken Sachsen, sondern weit darüber hinaus, im ganzen katholischen Volke des Deutschen Reiches wird dieser Protest mit großer Dankbarkeit aufgenommen werden. Der von Gott und vom Papste bestellte Vertreter der katholischen Kirche in Sachsen hat geworden, hat deutlich und klar erklärt, daß es eine das Gewissen bindende Notwendigkeit katholischer Eltern und Vorsteher von katholischen Schulgemeinden ist, auf seinen Fall durch Verhandlungen am Übergange katholischer Schulen in konfessionslose mitzuwirken, vielmehr alle Mittel des Widerstandes dagegen anzuwenden und zu erschöpfen. Für die Katholiken ist dieser Standpunkt an und für sich

ein selbstverständlicher. Aber er wurde zum Ausdruck gebracht und mußte zum Ausdruck gebracht werden, um den gegenwärtigen Machthabern nochmals deutlich zum Bewußtsein zu bringen, warum wir — um mit den Worten des hochwürdigsten Herrn Bischofs zu sprechen — die konfessionelle Schule verteidigen und warum die christlichen Eltern gegen die Aufhebung der konfessionellen Schule den stammenden Widerspruch eines in seinem heiligsten Flecke gekränkten Elternherzens erheben. Dieser Einpruch des Hochw. Herrn Bischofs wird, so glauben und hoffen wir, auch den lebendig gläubigen Katholiken wachsen und an die Front führen. Es muß die Ehrenpflicht eines jeden Katholiken sein, heute an der Front mitzukämpfen. Alle persönlichen Rückläufe und Einwände müssen angesichts des Rufes unseres hochverehrten und geliebten Oberhirten zurückgestellt werden. Der Bischof hat gesprochen — nun kann es kein Zweider mehr geben. Mit Riedt bat der Hochw. Herr Bischof von Hildesheim Dr. Ernst bei der Tagung des katholischen Lehrerverbandes darauf hingewiesen, daß das katholische Volk nicht schlafea und dem Schulkampf nicht teilnahmslos gegenüber stehen dürfe. Erhebende Beweise dafür, daß die Katholiken Sachsen wach und rührig sind, haben wir in den letzten Monaten gewiß erlebt. Aber es schien uns doch so, als ob noch nicht alle restlos erfaßt seien. Dafür zu sorgen, daß dies geschieht, ist nun die Pflicht aller Kämpfer in diesem Kulturmarsch. Der Protest unseres Hochw. Herrn Bischofs muß unter allen Umständen bis in jedes katholische Haus hinein verbreitet werden, um so auch den Leuten wach zu rufen. Wir sind gern bereit — und regen das hierdurch an — von dem Einsturz Sonderabdrücke herstellen zu lassen und dieselben zum Selbstostenpreis zu verteilen. Bestellungen hierauf erüben wir an unsere Geschäftsstelle zu richten.

Treffend hat ein hoher katholischer Kirchenfürst Deutschlands vor einiger Zeit betont, die unüberwindliche Stärke der katholischen Kirche liegt gerade darin, daß sie in Prinzipienfragen niemals eine Koncession mache. Je rückhaltsloser die Katholiken sich auf diesen Standpunkt stellten, desto erfolgreicher werde ihre Aktion. Dieser hohe Kirchenfürst empfiehlt dafür den engsten Zusammenschluß und sagt dann weiter, daß der Katholizismus in Deutschland nur unter dieser Voraussetzung nicht der siegreichen Kriegsberaumt werden könne, die er im Kulturmarsch der 70er Jahre an den Tag gelegt habe. Das muß uns Rücksicht sein. Wir finden daher davon überzeugt, daß der Ruf, den der Landesvertreter des Volksvereins für das katholische Deutschland im Einverständnis mit dem Hochwürdigsten Herrn Bischof für nächsten Sonntag, den 22. Juni, nachmittags 3 Uhr in das katholische Gesellenhaus in Dresden hat ergehen lassen, nicht ungehört verhallen wird. Wie schon von uns mitgeteilt werden ist, sind die Einladungen ergangen an die Herren Pfarrer und Seelsorger, an die katholischen Schulvorstände, an die Mitglieder der Elternausschüsse der katholischen Schulen, an den Landesvorstand des katholischen Lehrerverbandes und an die Herren Geschäftsführer des Volksvereins für das katholische Deutschland. Leider sind in Dresden die Adressen aller der eben genannten Persönlichkeiten nicht vollständig bekannt. Deshalb hat sich der Landesvertreter des Volksvereins an die katholischen Pfarrämter mit der Bitte gewandt, die Einladungen an die Benannten weiter zu geben. Und hier seien noch einmal die in Vertracht kommenden Persönlichkeiten, auch soweit sie keine direkte Einladung bekommen könnten, herzlichst und dringend gebeten, zu der Sitzung am Sonntag, den 22. Juni anzureisen. Es soll und muß eine einheitliche Stellungnahme in der Schulfrage erzielt werden. Dazu bietet ja vor allem auch der Appell unseres Hochw. Herrn Bischofs die geeignete Grundlage. Der Hochwürdigste Herr sprach gestern in der "Sächsischen Volkszeitung" die Erwartung aus, daß im Kampfe um ihre Schulen die katholischen Eltern sich eng um ihre Priester scharen, er rät weiter in diesem Erlass dringend an, daß die Eltern, soweit das noch nicht geschehen, aus ihrer Mitte Väter und Mütter als Elternausschüsse wählen und empfiehlt schließlich angelegenheitlich die Verbindung mit dem Volksverein für das katholische Deutschland. Tatsächlich können wir nur in Anerkennung an das Reich, d. h. an die großen katholischen Organisationen im Reiche etwas Positives schaffen. Was wir wünschen und was wir anstreben, hat auch auf der Kölner Schulwoche soeben Professor Habrich sehr treffend in die Worte gefasst: „Soll Deutschland katholisch, sollen die Deutschen ein katholisches Volk bleiben, so muß

unsere Schule katholisch bleiben. Die Erhaltung der christlichen Schule ist aber ein den christlichen Religionsunterricht, an die religiös-sittliche, kirchliche Erziehung der Jugend geknüpft.“ Schon die Referente bei der Konferenz am nächsten Sonntag geben eine Gewähr dafür, daß auch für die auswärtigen Teilnehmer die Reise vor Nutzen sein wird. Wen wird es von den Beteiligten zu Hause halten, wenn er hört, daß der Abgeordnete Reichsgerichtsrat Ullmann, daß der frühere Vorsitzende der Windhorstbunde Deutschlands Justizrat Dr. Schröder, und der bewährte Vorsitzende des Hauptelternauschusses Leipzigs Kaufmann Edmann sprechen werden. Diese Konferenz wird und muß ein Markstein des katholischen und des christlichen Sachsen werden und darum darf für all diejenigen, an die die Einladung gerichtet ist, kein Opfer zu groß sein, um daran teilzunehmen.

Die Lösung muß sein: Vorwärts! Aufwärts! Vorwärts und aufwärts im Kampfe um unsere heiligsten Güter, vorwärts und aufwärts im Kampfe um die sittliche Gemeinschaftsordnung, um die Erhaltung des Christentums in Deutschland und vor allem in Sachsen.

Sonderfriede mit Sachsen? Herr Schwarz als Unterhändler?

Der Abgeordnete der Deutschnationalen Union hat mit Unterstützung anderer Mitglieder seiner Fraktion in der Volkskammer folgende Interpellation eingebracht: 1. Ist der Regierung bekannt, daß a) der Verband im Falle der Weigerung der Reichsregierung, die Friedensbedingungen anzunehmen, u. a. die Mainlinie militärisch besetzen und dadurch die Süddutschen Staaten vom übrigen Deutschland trennen will? b) daß bereits jetzt Verhandlungen im Gange sind, um mit den abzutrennenden Staaten und auch mit dem Freistaat Sachsen einen Sonderfrieden zu schließen? 2. Ist es richtig, daß Herr Staatsminister Schwarz solche Verhandlungen, den Freistaat Sachsen betreffend, bereits geführt hat? 3. Ist die Regierung bereit, zu erklären, daß, wenn solche Vertragsangebote an sie herorteten, sie diese von vornherein ablehnen wird?

Die Überreichung der Antwort

Versailles, 16. Juni. Die Antwortnote der Verbündeten ist Graf Brodorff-Ranckau um 12 Uhr abends übergeben worden.

Die Frist

Versailles, 16. Juni. Heute nachmittag 6½ Uhr hat im Hotel des Reservoirs Generalsekretär Dutasta, begleitet vom Botschaftsattaché Tarnavon, dem Ministerialdirektor Simon und dem Legationsrat Freiherr von Lersner I. einen Begleitbrief der alliierten und assoziierten Regierungen, 2. ihre Antwort auf die Bemerkungen der deutschen Friedensdelegation, 3. eine Abmachung über die Verwaltung der befreiten Gebiete, und 4. den ursprünglichen Friedensentwurf mit den Abänderungen in roter Tinte überreicht und erklärt, die deutsche Friedensdelegation sollte binnen fünf Tagen erklären, ob sie unterzeichnen wolle oder nicht. Ministerialdirektor Simon erklärte namens der Friedensdelegation und der Reichsregierung die Frist für zu kurz. Gegen 9 Uhr erhielt Dutasta abermals und teilte mit, die Alliierten hätten die Frist um 48 Stunden verlängert. Simon erklärte die Zustimmung der deutschen Delegation, behielt jedoch der Reichsregierung den endgültigen Entschluss vor, ob die sieben tägige Frist eingehalten werden könnte.

Der Mantelbrief

Paris, 16. Juni. (Reuters.) Die von den Verbündeten auf die deutschen Bemerkungen zu den Friedensbedingungen erzielte Antwort ist heute veröffentlicht worden. Sie wird eingeleitet durch einen Mantelbrief, in dem steht: In den Augen der Verbündeten und assoziierten Mächte war der Krieg das größte Verbrechen, das gegen die Menschlichkeit jemals begangen ist. Deutschland hat keinen willkürigen Verbündeten erkannt. Serbien den Krieg zu erklären. Der Brief zählt dann die deutschen Verbrechen auf und sagt: Deutschland muß es auf sich nehmen, wiederzugutmachen zu leisten. Der Brief führt weiter aus: Die Verbündeten und assoziierten Mächte haben für die Wiedererrichtung eines katholischen Staates mit sicherem Zugang zum Meere Vorsorge getroffen. Das Regime betreffend das Saarbecken wird für 15 Jahre aufrechterhalten bleiben. Die Verbündeten sind überzeugt davon, daß die Einwohner der deutschen Kolonien einer Rückkehr unter deutsche Herrschaft durchaus abgeneigt sind. Der Brief fügt hinzu: Wenn die Deutschen beweisen, daß sie

Vereinbarungen, die Friedensbedingungen zu erfüllen, so wird es zu einem frühen Zeitpunkt möglich sein, den Völkerbund durch die zukünftige Deutlichkeit zu vervollständigen. Betreffend der deutschen Beleidigungen gegen die Blockade steht es: Die Blockade ist zu jeder Zeit eine geistige und nötige Methode der Verschärfung gewesen.

Die Antwort der Verbündeten auf die deutsche Verhandlung lautet dar: In dem deutschen Memorandum sei nichts enthalten, was die Liebererlangung der Verbündeten erfüllte, doch die unmittelbare Urkunde des Krieges die mobilisierende Entschließung der verantwortlichen Parteien gewesen ist, die Lösung der europäischen Fragen gewaltam herbeizuführen, wenn nötig durch einen Krieg. Die Verbündeten seien dafür, dass die Bestrafung derjenigen, die hauptsächlich dafür verantwortlich sind, eine Forderung der Gerechtigkeit ist. Es wird Deutschland gestattet werden, seine Heer sinnbildlicher zu verringern, als bisher bestimmt worden war. Die deutschen Vorwürfe bezüglich der Note können nicht in Erwägung gezogen werden. Was die Wiederaufrüstung betrifft, so kann Deutschland eine Panzerarmee (wörtlich *ump sum*) für die Regelung der Gewalt im inneren eines Teiles seiner Verbindlichkeit anbieten.

Die drei Teile

Hollands Riecks Bureau meldet aus Paris: Die Verbündetens Antwort zerfällt in drei Teile: 1. eine Einleitung, in welcher der Verband darum bittet, dass die Antwort von Charakter eines Ultimatums trage. Die verbündeten meinen einzelne Papier Blätter daran hin, dass die Anerkennung wegen der Anzahl der Tage beginnt, ob die Tage der Waffenstillstandserklärung, unbegründet sind oder nicht, nicht anzunehmen sei; 2. enthält sie ein Memorandum von 30 Seiten, in dem der Verband die Unterwerfung des größten Teiles der Bedingungen des alten Vertrages verteidigt und außerdem die Änderungen erläutert, welche von ihm angenommen worden sind; 3. den neuen Vertrag der Alliierten mit den dazu gehörigen Erläuterungen. Diese letztereinheit Beilage wird aber nicht veröffentlicht werden, da der Rat der Vier sich auf den Standpunkt stellt, dass die Änderungen für das Publikum doch unverhältnismäßig sind, weil der Triumvirat der veränderten Paragraphen den Publikum ja überhaupt nicht bekanntgegeben werden will. Bezugnahme der Änderungen meldet der Korrespondent des Hollands Riecks Bureau:

1. **Sudetenland:** Deutschland erhält eine Frist von vier Monaten zu Vorschlägen bezüglich des Gewaltbetrages der Schuld, der Abzahlungsart sowie der Lieferung von Waren und Arbeitsteilung. Diesen deutschen Vorschlag verpflichten sich die Verbündeten, innerhalb zweier Monate zu beantworten.

2. **Polen:** Innerhalb von 6–10 Monaten wird in den Teilen von Oberösterreich, die Polen zugeworben wurden, eine Volksabstimmung stattfinden. Weiterhin werden Sonderregelungen über die Lieferung von Steinkohlen und über finanzielle Verhandlungen getroffen werden.

3. **Völkerbund:** Bezüglich Deutschlands Zutritt zum Völkerbund erläutern die Verbündeten, dass Deutschland innerhalb kurzer Zeit zugelassen werden wird. Die Unterordnung der von Deutschland auf der Grundlage der Gesamtinteressen gemachten wirtschaftlichen Voraussetzung wird bis zum Abschluss Deutschlands zum Völkerbund hinausgeschoben werden.

4. **Verabsiedlung der Bewaffnung:** Die Verbündeten werden sofort alle Verhandlungen einleiten, die auf eine allgemeine Herausgabe der Waffenmänner basieren.

5. **Schutz der Minderheiten:** Der Verband gewährt den deutschen Minderheiten in den Teilen Deutschlands, die durch den Vertrag von Deutschland getrennt werden, seinen Schutz.

6. **Verwaltung des linken Rheinufers:** Während der Besetzung wird eine interalliierte Zivilkommission gebildet, der sämtliche Militärbehörden unterstellt sein werden und welche die Verwaltung der Okkupationsgebiete durchführt.

7. **Unterjekt:** Deutschland erhält eine Frist von fünf Tagen (21. Juni), innerhalb welcher Zeit es seine Stellungnahme zur Note bekanntgeben muss; falls nicht, werden sofortige militärische Maßnahmen getroffen.

Gegenüberstellung

Versailles, 16. Juni: Die Blätter veröffentlichten heute nochmals eine kurze Inhaltsangabe der Antwort der Alliierten, sowie Auszüge aus den deutschen Begegnungsblättern. „Le Journal“ stellt dem ursprünglichen Vertragsentwurf der Alliierten die deutlichen Begegnungsblätter und den endgültigen heute zu überreichenden Vertragsentwurf gegenüber. Aus der Gegenüberstellung ergibt sich laut „Journal“: Die Volksabstimmung in Südschleswig ist entsprechend den Plänen der Tänen aufgehoben worden, dagegen werden die Beschlüsse für Preußens Volksabstimmung im Bezirk Allenstein, für Westpreußen (teilweise Abtreten), für Danzig und Memel (Internationalisierte Zonen) beibehalten. Die deutschen Vorschläge betreffend Elsaß-Lothringen und die belgischen Bezirke werden abgelehnt. Das ursprüngliche Projekt über die deutschen Kolonien bleibt unverändert. Das Projekt der Alliierten, demnachfolge Deutschland auf alle Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands verzichten sollte und aller öffentlicher und privater Besitz völlig liquidiert werden soll, Deutschland im voraus alle künftigen Maßnahmen der Alliierten annehmen, keine Handelsmarine und keine Kriegsschiffe und Flugdächer ausliefern soll und demzufolge Oder und Elbe internationalisiert, die Telegraphenkabel konfisziert werden sollen, ist beibehalten, jedoch unter dem Vorbehalt, dass die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund eine Revision dieser Abmachungen bedingen würde. Die frühere Hoffnung über Wiedergutmachung und finanzielle Fragen ist beibehalten worden, jedoch wird Deutschland vier Monate Zeit haben, um feste finanzielle Vorschläge zu machen, über die diskutiert werden wird. Die Pläne des Triumvirats zu überlassen unverändert. Die neue Zusammensetzung entspricht das „Journal“: Abgesehen von Bugestdänissen im Oberschlesien, ist das territo-

riale Statut beibehalten worden. Die wirtschaftlichen und finanziellen Klausuren stehen vor sehr bald erfolgenden gänzlichen Veränderungen (Remaniement total). Die Eventualität der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund bedroht den Vertrag mit völliger Unwirksamkeit (Boulevierung complet).

Was das Begleitschreiben sagt

Paris, 16. Juni. (Havas.) In dem Begleitschreiben zu der Note der Alliierten über die deutschen Gegenbeschläge wird zuerst festgestellt, dass die alliierten und assoziierten Mächte die von den deutschen Delegation über die Friedensbedingungen gemachten Bemerkungen der ernsthafte Erwähnung unterzogen haben. Der deutsche Vorschlag protestiert gegen den Friedensvertrag, vor allem, weil er in Widerversuch stehe mit den Bedingungen, unter denen der Waffenstillstand abgeschlossen wurde. Der Vertreter der deutschen Delegation beweise, dass sie die Note verkenne, in der das Deutschland keine befindet. Die deutsche Delegation habe die Auffassung zu haben, dass Deutschland nur Opfer zu bringen habe, um den Frieden zu erhalten, so ob dieser Friede einfach der Abschluss eines Kampfes wäre, der um Gewinn an Land und Stadt geführt würde. Daher finden es die alliierten und assoziierten Regierungen für notwendig, ihre Antwort mit einer genauen Darlegung des Krieges, wie sie ihm beurteilen, zu beginnen. Dieses Urteil sei zugleich dasjenige der Menschheit der ausländischen Welt.

Nach der Ansicht der alliierten und assoziierten Mächte ist der Krieg, der im Jahre 1914 ausbrach, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit des Volkes, das ist mit Vorbedacht von einer Nation, die sich für zivilisiert hielt, begangen wurde. Während vieler Jahre verachteten die deutschen Regierungen genau der menschlichen Tradition ihre Anstrengungen, um sich im Europa die Souveränität zu erhöhen. Sie benützte sich nicht mehr mit dem Ansehen und dem wachsenden Einfluss Deutschlands, den anuerkannten alle Nationen bereit waren in der Gemeinschaft der freien und gleichberechtigten Völker. Sie wollten für die Fähigkeit erwerben, ein untergeschobenes Europa zu beherrschen und zu terrorisieren, gleich wie sie ein unterjochtes Deutschland terrorisierten und beherrschten. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sie den Geist ihrer Union mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu der Lehre befürwortet, dass in den internationalen Angelegenheiten die Gewalt das Recht sei. Sie haben nie angedeutet, die Künste des Deutschen zu Wasser und zu Lande zu entfalten und die Menschenrechte zu verbreiten, eine solche Tattif sei notwendig, weil die Nachbarn Deutschlands zu keiner Macht und kein Bedenken eiferndig seien. Sie haben verdeckt, Gewalttätigkeit und Arroganz statt Freundschaft zwischen den Nationen zu rütteln. Sie haben ein ganzes Spionage-Netz und ein Netz von Agenten eingerichtet, die inneren Eliten und innere Revolten und sogar geheime Angeissvorbereitungen auf dem Gebiete ihrer Nachbarn einzuleiten, um sie im gegebenen Moment mit um so gröserer Gewissheit und Leidzüglichkeit zu überwältigen.

Durch diese Drohungen mit Gewalttaten hielten sie ganz Europa in einem Zustand von Erregung, und als sie feststellten, dass ihre Nachbarn entflohen waren, ab zu anmaßenden Absichten zu widerstehen, beschlossen sie, ihre Vorräte mit Gewalt zu befreien. Sobald ihre Vorbereitungen vollständig waren, ermittelten sie einen unterjochten Verbündeten, binnen 48 Stunden Serbien den Krieg zu erklären. Von diesem Krieg, dessen Einheit die Kontrolle auf dem Balkan war, wussten sie genau, dass er nicht lokalisiert werden konnte und dass er einen allgemeinen Krieg entfachen würde. Um für diesen Krieg doppelseitig Gewalt zu haben, entzogen sie sich allen Verbindlichkeiten, bis es so weit war und der Weltkrieg unvermeidlich war, den sie eingetragen hatten und für den unter allen Nationen einzige Deutschland vollständig ausgerüstet vorbereitet war.

Die Verantwortlichkeit Deutschlands beschränkt sich jedoch nicht auf die Tatsache, allein den Krieg gewollt und entföhrt zu haben. Deutschland ist ebenfalls verantwortlich für die grausame und unmenschliche Art, in der er geführt wurde. Obwohl Deutschland selbst einer der Garanten Belgien war, haben seine Regierungen die Neutralität eines durchaus friedlichen Volkes verletzt, nachdem sie feierlich veriprochen hatten, sie zu respektieren. Nicht zufrieden damit, haben sie ungeschickt eine Reihe von Intrusionen und Einschüchterungen vorgenommen, in der Absicht, die Bevölkerung zu terrorisieren und sie durch die Schrecklichkeit ihrer Handlungen gefügt zu machen. Die Deutschen gebrachten als erste die giftigen Gase trotz der entsetzlichen Leiden, die sie verursachten. Sie haben mit den Beschießungen durch Flugzeuge und weittragende Kanonen auf Städte begonnen, ohne militärische Gründe, einzig in der Absicht, die Moral ihrer Gegner zu schwächen, indem sie Frauen und Kinder trafen.

Rückreise der deutschen Delegation

Versailles, 16. Juni: Die Mitglieder der Deutschen Friedensdelegation Reichsminister des Außenorts Graf Brockdorff-Ranckau, Reichsjustizminister Landsberg, Reichspostminister Giesberts, Prof. Dr. Schüding, Dr. Melchior sind heute abend in Begleitung einer grossen Zahl Verständiger im Sonderzug von Versailles nach Weimar abgereist, um dort selbst mit der deutschen Regierung und der deutschen Nationalversammlung über die Antwort der alliierten und assoziierten Mächte auf die deutschen Gegenbeschläge zu beraten und Beschluss zu fassen. Bei der Rückreise kam es von Seiten der Bevölkerung von Versailles zu starken deutschfeindlichen Kundgebungen.

Ausschreitungen

Versailles, 16. Juni: Auf der Autofahrt der deutschen Delegation vom Hotel des Reservoirs zum Bahnhof Roistal wurden durch Steinwürfe aus der Menschenmenge verletzt Dr. Melchior, Oberstleutnant von Alvalander, Assessor Meyer und Frau Dornblüth. Die lärmenden Kundgebungen dauerten den ganzen Abend.

Bresstemmen

Berlin, 17. Juni. Zur Antwort der Alliierten sagt von den heute erschienenen ganz wenigen Blättern die „Germania“: Die Abänderungen des Vertrages stellen sich etwas günstiger dar als die Meldungen von Havas erwartet ließen, aber sie bleiben doch sehr weit hinter den Erwartungen zurück. In einer in ihrer Stärke fast unmöglichen Frist soll die deutsche Nationalversammlung und die deutsche Regierung sich schliesslich treffen, und zwar über Besitzungen von solcher Tragweite und von solcher Höhe. Aber man wird in Berlin und Berlin alle Möglichkeiten in Erwägung ziehen, die bei einer Verweigerung der Kürte nicht eintreten würden. Noch immer gilt in solchen Fällen der Satz, dass zwischen zwei Leuten das geringere zu wählen ist. Auch ist in Betracht zu ziehen, dass die Zukunft ganz sicher nicht so aussehen wird, wie sie auf den Partei Bayreuth steht.

Tagesmeldungen

Appell der Bischöfe Deutschösterreichs an den Papst
Wie die „Wiener Reichspost“ mitteilt, bat sich der Fürsterzbischof von Wien, Kardinal Dr. Pissl, namens des deutschösterreichischen Episkopates in einer Eingabe an den Papst gewendet, in der dessen Intervention gegen den Friedensentwurf von St. Germain angerufen wird. Die Eingabe kennzeichnet den Vertragsentwurf als eine schwere Verleugnung der allen zivilisierten Völkern gemeinsamen christlichen Rechtsgrundlage und bittet den Papst, alles aufzubinden, dass der christlichen Gerechtigkeit zu St. Germain Gehilfen verhindert werde. Kardinal Fürsterzbischof Dr. Pissl erschien am 5. Juni persönlich beim päpstlichen Nunzius, um die Eingabe zur sofortigen Übermittlung an den Papst zu überreichen.

Die Neutralen gegen die Blockade

Amsterdam, 17. Juni. Den „Telegraf“ wird unter dem 15. Juni aus Paris gemeldet: Der „Telegraf“ teilt mit, dass nunmehr sämtliche neutrale Staaten eindeutig Holland an einem neuen Blockadekrieg gegen Deutschland teilnehmen werden, den Frieden zu verhindern ablehnt, nicht teilnehmen.

Das Unrecht an den Deutschösterreichern

St. Germain, 16. Jun i. Staatskanzler Rennen hat nach einer Meldung des Wien Korresp.-Bureaus im Namen der österreichischen Friedensdelegation der Friedenskonferenz eine Note gesandt, durch die eine von der Abordnung der deutschen Sudetenländer ausgearbeitete Denkschrift vorgelegt und eingeleitet wird. Die von den Vertretern der deutschen Gebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien an den Kongress gerichtete Denkschrift tut das Unrecht dar, das durch die vorgeschlagenen Friedensbedingungen 3½ Millionen Deutschösterreicher droht. Die Begleitnote setzt auseinander, wie schwer das Unrecht ist, das die Entente an dem deutschen Volke der Sudetenländer und an den Deutschösterreichern begeht, indem sie, was deutsche und tschechische Gebiete betrifft, zwei zu unaufhörlicher Feindschaft verurteilte Kleinstaaten und dadurch einen Kriegsherd im Herzen Europas schafft, der für die Welt und ihre soziale Reorganisation vielleicht verhängnisvoller werden kann, als der Kriegsgeist des Valfans. Diese Überzeugung vor allem hat der deutschösterreichischen Bevölkerung die Parole nahegebracht: „Heraus aus dem brennenden Hause und Aschau an das Mutterland.“ Es wird in der Note dann erklärt, dass hier ein zweites Elsaß-Lothringen geschaffen werden soll, das noch dazu nicht im Kriege, sondern im Zustande der Wehrlosigkeit annectiert wurde. Diese Herrschaft kann von der einen Nation niemals ertragen, von der anderen niemals wirsch ausübt werden, und der neue Staat der Dinge ist dem Frieden noch bedrohlicher als der alte. In der Note wird ferner ausgeführt, dass gerade dieses Vergehen der Nachbarstaaten die Altvorden in den Zustand der Hilflosigkeit und Lebensunfähigkeit versetzt hat, weil es sie ihrer wichtigsten Industrien und des Ueppungsgebietes ihrer wichtigsten Naturprodukte verleiht. Die gesamte Friedensdelegation ist daher mit den Verfassern der Denkschrift durch einen Sinnes, wenn sie die dauernde Verfeindung der deutschen Gebiete in den deutschen Sudetenländern verlangt, ferne: dass je ein konstituierender Landtag für Deutschösterreich und das Sudetenland nach Abzug der tiefeljährigen Truppen frei gewählt wird und über das Schicksal dieser Länder souverän entscheidet. Die in der Note erwähnte Denkschrift der Vertreter der deutschen Sudetenländer unterrichtet weiter die Grundlagen des Friedens und stellt fest, dass die Maßnahmen betr. die Einführung deutschösterreichischer Gebiete in den tschechoslowakischen Staat im Widerstreit zu den von der Entente selbst verankerten Grundsätzen stehen.

Zur Veranschaulichung der Größe der geplanten Vergeltung bringt die Denkschrift ausführliche statistische und ethnographische Belege und schliesslich: Von der Überzeugung ausgehend, dass die Friedenskonferenz die Aufgabe hat, auf dem Boden der ehemaligen Monarchie alle genau umschriebenen nationalen Ansprüche zu würdigen, ohne neue oder fortwährende alte Elemente der Privatricht und der Gesetze einzuführen die geeignet wären, den Frieden zu stören, stellt die Denkschrift feierlich fest, dass der vorliegende Vertragsentwurf dem souveränen Willen der Sudeten-deutschen absolut widerspricht und von ihnen als schwerstes Unrecht empfunden wird. Sie beantragt, die staatliche Zugehörigkeit der deutschen Sudetengebiete durch Volksabstimmung zu entscheiden.

Bl. 29.

Ende des Wiener Kommunistenputzes?

Berlin, 16. Juni. Die Wiener Putzversuche sind gescheitert. Im ganzen soll es auf beiden Seiten 11 Tote und 70 Verwundete geben haben. Ob die ganze Bewegung damit zu Ende ist, steht noch dahin; doch nimmt man an, dass eine Entwicklung zur Räterepublik im ungarnischen Sinne als ausgeschlossen gelten kann.

Die Wahlen in Tirol

Innsbruck, 16. Juni. Aus den gestrigen Landtagswahlen dürfte die Tiroler Volkspartei mit ziemlicher Mehrheit alsstärkste Partei hervorgehen. Bei den gestrigen Gemeinderatswahlen erzielte die Tiroler Volkspartei

13. die da
14. Manda

Mün
Verg
Stimmen
ten. Bei
16 Sitz
die Mehr
Hausbeis
eben habe
Mehrheit,
die Stad
Bürgerme

Berli
verfaßt
scheinene
stattgerun
heiten, in
die Rück
fargestell
Bekämpf
teien. Bei
derzeitlic
liche Ver
jetzt ihue
jebe von

Bern,
der Fra
tern d
Heute füh
Bergarbei
haben sic
arbeiten,
falls dies
gelegt. D
leben in
London ge
treten.
Die Zeit
Theater u

Amis
landete de
Sommer
bei der V
Der geit
regen zur
Flugzeug
10 Fuß e
für drach
Last gewa
Pferdebi
Galonen
geführt.
rüftgeleit
100 Welle
große Be
den beider
helden gel

des
Die Er
Am
familia
Bochum
eröffnet.

Stadt, in
sicht es
im Geist
vollen Ju
maien, a
Kriegssta
Breden u
warten d
Stunden
dem ein c
diktieren.
Frieden d
der Wohl
deutschen
Deutchen
— im le
nahme o
scheiden i
deutsche
wie sic
des armen
Sprudels

Wit
der uns
und inn
mals ein
Schw

ländische
berufen s
dere Wiss
hoffen i
entspricht
müssend i
deutsche Stu
wir als i
wir als

13, die deutschfreie Partei 12, die Sozialdemokratie 14 Mandate und die wirtschaftliche Vereinigung ein Mandat.
Die Gemeindewahlen in München.

München, 16. Juni. Bei den Münchner Stadtrats- und Bürgermeisterwahlen hat die U. S. P. einen gewaltigen Stimmenzuwachs auf Kosten der Mehrheitssozialisten erhalten. Bei den Stadtratswahlen erhielten die Unabhängigen 16 Sitze, die Bayerische Volkspartei 15 Sitze, die Mehrheitssozialisten 10 Sitze, Deutsche Demokraten 7, Hausbesitzervereinigung einer und Liberale Bürgerpartei ebenfalls einen Sitz. Die beiden sozialdemokratischen Parteien haben also im neu gewählten Stadtrat die absolute Mehrheit. Die endgültige Bürgermeisterwahl muss durch die Stadträte vorgenommen werden, da keiner der vier Bürgermeisterkandidaten die absolute Mehrheit erhalten hat.

Beirat des Reichswanderungsamtes

Berlin, 16. Juni. Am 14. Juni hat die erste Vollversammlung der zahlreich aus allen Teilen des Reiches erschienenen Beiratsmitglieder des Reichswanderungsamtes stattgefunden. Nach Erledigung geordneter Angelegenheiten, insbesondere der Bildung von Ausschüssen wurden die Richtlinien, die für die Ausflussoerteilung und Versorgung der Auswanderer bestehen, eingehend besprochen und klar gestellt. Sodann beschäftigte sich der Beirat mit den zur Bekämpfung ungeregelter Werbeaktivität durch Ausflussteile, Vermittler, Siedlungsgeellschaften und Auswandererzeitungen erforderlichen Maßnahmen. Eine wesentliche Veränderung der jetzigen Bestimmungen gelegentlich der seit schwedenden Reisebearbeitung des Auswanderungsgeheges wurde allgemein für erforderlich gehalten.

Der Generalstreik der französischen Bergarbeiter

Bern, 16. Juni. Die Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und den Bürgern der Bergarbeiter sind gescheitert. Heute früh ist im ganz Frankreich der Generalstreik der Bergarbeiter ausgebrochen. Im Departement du Nord haben sich die Elektroarbeiter mit den streikenden Bergarbeitern solidarisch erklärt und gleichfalls die Arbeit niedergelegt. Durch die Ausstandsbewegung ist das Wirtschaftsleben in den nördlichen Provinzen völlig gelähmt. In Toulouse sind fast alle Arbeitskategorien in den Ausstand getreten. Auch die Elektroarbeiter und Gaswerke feiern. Die Zeitungen haben ihr Erscheinen eingestellt. Alle Theater und Vermögensställe sind geschlossen.

Ozeanlung

Amsterdam, 16. Juni. Wie aus London gemeldet wird, landete das Ruderflugzeug gestern um 9 Uhr 40 Min. (engl. Sommerzeit) in Clifden (Irland). Das Flugzeug wurde bei der Landung, die im Nebel stattfand, leicht beschädigt. Der gerügte Ozeanlung war bei dichtem Nebel im Sprühregen zurückgelegt worden. Eine Folge davon war, dass das Flugzeug in einer Höhe von 1100 Fuß lag und zum Teil 10 Fuß von der Oberfläche des Meeres. Die Einrichtung für drahtlose Telegraphie war kurz nach dem Anflug schwach geworden. Das Flugzeug ist mit Motoren von je 375 Pferdestärken ausgestattet. Die Benzinkabinen lassen 865 Galonen Benzin; außerdem wurden 50 Galonen Öl mitgeführt. Mit diesen Vorräften können 2140 Meilen zurückgelegt werden. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt über 100 Meilen pro Stunde. Das englische Publikum bereitet große Begeisterung darüber, dass der Flug gelungen ist, und den beiden Fliegern Alcock und Brown wurde als Nationalhelden gehuldigt.

Der Haupttag der Tagung des Katholischen Lehrerverbandes

Hildesheim, 12. Juni 1919.

Die Eröffnungsrede ein Votum zur konfessionellen Volkschule.

Am Donnerstag morgen wurde die 17. Vertreterversammlung, durch den Verbandsvorsitzenden Rector Kampf-Böckum mit der nachfolgenden beachtenswerten Ansprache eröffnet:

Wenn wir heute in dieser geschichtlich denkwürdigen Stadt, in der alten Bischofsstadt Hildesheim tagen, so geschieht es nicht im Zeichen des Troben und Glücklichen, nicht im Gefühl einer sicheren Gegenwart und einer Hoffnungsvollen Zukunft, nicht im lieblichen Schmuck der Friedensmonumente, nicht im verlöhnenden Böllerlenze noch longer Kriegsstarre, wie wir erhofft und erlebt, sondern im Brechen und Schwanken des Reichsbodens in bangem Erwarten der Dinge, die über uns kommen sollen. Nur Stunden trennen uns von dem furchtbaren Augenblick, in dem ein erbarmungsloser Feind uns den schwersten Frieden diktiere will, den die Weltgeschichte kennt, nicht einen Frieden des Rechts, der Verständigung und der Verjährung der Völker, sondern der brutalen Gewalt, des Mißbrauchs der Macht, der grausamen Willkür. Wir haben mit dem deutschen Volke dagegen protestiert, wir wiederholen heute — im letzten Augenblick — diesen Protest. Über die Annahme oder Nichtannahme der Friedensbedingungen entscheiden in den nächsten Tagen die Reichsregierung und das deutsche Volksparlament. Möge die Entscheidung fallen wie sie wolle, wir vertrauen, dass die berufenen Vertreter des armen deutschen Volkes die schwere Verantwortung ihres Spruches erkennen — wir wollen nicht verzweifeln.

Wir hoffen, dass wir trotz des furchtbaren Schlagess, der uns getroffen, der uns ein äußerlich zerstörtes Land und innerlich zerrissenes Volk gebracht hat, dass wir nochmals ein freundliches Pfingsten feiern!

Schwer betroffen mit dem Vaterlande wird das vaterländische Bildungswesen, an dem zu bauen wir vor allem berufen sind. Hier aufzurichten zu helfen ist unsere besondere Pflicht, es zu erhalten, soweit es gut ist. Neues zu schaffen und so zu gestalten, wie es unseren Grundlagen entspricht. Wir wollen kein Männer der neuen Zeit, alles messend und prüfend an unseren Grundlagen, die der wildeste Sturm nicht hinwegfegen soll. So denken und sprechen wir als deutsche Männer, so denken, sprechen und handeln wir als Mitglieder des Katholischen Lehrerverbandes, so

laut unter Wohlprud: Treu dem Glauben, treu dem Vaterland! (Starke Beifall.) Unsere Schul- und Standesforderungen, die in Weimar zur Beratung stehen, geben uns Gelegenheit, unseren Standpunkt zum Ausdruck zu bringen. Was wir aber gleich zu Beginn unserer Tagung laut und bestimmt aussprechen wollen, ist: Erhaltung der konfessionellen Volkschule nach dem Willen der Eltern, Sicherung der Freiheit der Erziehung und des Unterrichtes, Erhaltung des Religionsunterrichts in allen Schulen einheitlich, der Lehrerbildungsanstalten als ordentliches Lehrseminar im Rahmen des planmäßigen Unterrichts erteilt in Auftrage der Kirche nach deren Lehren und Sätzen. (Starke Beifall.)

Nedner spricht dann über die Entwicklung des jetzt 30 Jahre bestehenden Verbundes und den Einfluss des Kirchen auf ihn. Neue Freuden seien nun zur Verhandlung: Schulamt, Schulleitung, Stadt- und Landlehrer, Kirchlehrer, gewerkschaftliche Organisation, politische Betätigungen u. a. m. Selbst die Frage des Weiterbestehens der katholischen Lehrervereine ist aufgetaucht. Wir wollen alles vertreten und nach bestem können erledigen. Bestand und Wirken des katholischen Lehrerverbandes ist heute wie früher eine Notwendigkeit, wir hoffen an unseren katholischen Lehrervereinen fest. (Bravo!) Darüber diskutieren wir nicht. (Sehr richtig!) Ebenso selbstverständlich ist es, dass wir mit anderen Lehrervereinen zusammenarbeiten an gemeinsamen Aufgaben und Zielen.

In idömerer Stunde des Vaterlandes, in der Stande, wo für die dreifache Tonne Wehr und Waffen notwendig, rufen wir allen fernstehenden katholischen Lehrern zu: Zuhören auch dem katholischen Lehrerverbande an, wie es die katholischen Lehrervereine im Königreich Sachsen längst getan haben. Vor allem laden wir dazu auch die jetzt so sehr umworbenen Kirchlehrer zum Beitritt ein.

Unsere Tagung können wir nicht besser einleiten, als dadurch, dass wir uns als katholische Lehrer bezeichnen und dieses Bekenntnis durch Annahme einer Entschließung zum Ausdruck bringen.

Mit stürmischer Begeisterung fand die

Entschließung

einstimmige Annahme. Sie lautet:

Die in Hildesheim tagende 17. Vertreterversammlung des Kath. Lehrerverbandes des Deutschen Reiches erklärt einstimmig, dass der Verband auch unter den neuen Verhältnissen im Reich und seinen Gliedstaaten grundföhlich an der konfessionellen Gestaltung des öffentlichen Schulwesens festhält und alle Maßnahmen entschieden verurteilt, die mit Entartung und Verfälschung des Schulwesens hinsichtlich der kirchlichen Zielsetzung des Schulwesens verbunden sind. Die Annahme dieser Entschließung mit der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, die durch Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft befindet, dass die Religion als die Grundlage aller spirituellen Wollens und Handelns betrachtet, fordert der Verband, dass aus öffentlichen Mitteln konfessionelle Säulen in hinreichendem Maße zur Verfügung gestellt und erhalten werden. Voraussetzung für die Erfüllung dieser Forderung ist die Erhaltung des christlichen Geistes in der Lehrerbildung, die darum auf konfessioneller Grundlage zu gestalten ist. In allen Schulen ist der Religionsunterricht im Auftrage und nach den Lehren und Sätzen der betreffenden Religionsgemeinschaft zu erteilen. Die Freiheit der Erziehung und des Unterrichtes, sowie das Recht der Eltern, über Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder selbst zu bestimmen, müssen durch gesetzlich festgelegtes Recht auf Errichtung von privaten Schulen voll und ganz gewahrt bleiben.

Nach Entgegennahme verschiedener Berichte wurde beschlossen, eine katholische Geschäftsführung einzurichten. Den Jahresbeitrag leiste man auf drei Mark fest. Bei den folgenden Wahlen wird der bislängige Vorsitzende Abgeordneter Rector Kampf-Böckum mit einstimmig wiedergewählt. — Die nächstjährige Vertreterversammlung findet in Hamburg statt.

Zu einer hochbedeutenden Errungenschaft für die konfessionelle Schule gestaltete sich die öffentliche Volksversammlung, die Donnerstag abend 8 Uhr im großen Saal des katholischen Vereinshauses unter sehr starker Beteiligung der katholischen Bürgerlichkeit stattfand.

Nachdem Rector Kampf kurz den Zweck und die Bedeutung der Tagung dargelegt hatte, sprach Rector Gottwald-Berlin, Mitglied der Preußischen Landesversammlung, über die Frage: „Katholische Lehrerschaft und katholisches Volk im Kampfe um die konfessionelle Schule.“

Der Redner führte etwa aus: Die Revolution hat mit zum Bewußtsein gebracht, dass Zusammenfassung der Kräfte notwendig ist, wenn der Aufbau mit gleicher Stärke erfolgen soll, wie das Niederreißen durch die revolutionären Kräfte. Damals bin ich zu der Überzeugung gekommen, dass die Arbeit in der Schule und im Lehrerverein nicht genügt, dass der Lehrer mit dem Volke eine Arbeitsgemeinschaft eingehen muss. Aus dieser Arbeitsgemeinschaft wurde durch die ersten Maßnahmen der Revolutions-Regierung eine Kampfgenossenschaft. Wir muhten zusammen für unsere katholische Schule eintreten.

Als Lehrer steht mir die irdische Aufgabe der Schule hoch. Unsere katholischen Schulen müssen mit jeder anderen Schule in Wettbewerb treten können. Katholisch und rückständig ist nicht gleichbedeutend, im Gegenteil, wir wollen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unseren Mann stellen. Aber höher steht uns die Erziehungsaufgabe der Schule. Die Kräfte, welche die Schule weckt, dürfen nicht in Eigennutz und Eigensucht verbraucht werden; sie müssen unseren Schülern den Weg nach oben bahnen, und der ist nur auf religiöser Grundlage möglich. Die Schule, wie man sie einführen will, kann dieser Erziehungsaufgabe nicht gerecht werden. Sie führt zum Zwiespalt in der Schule, zum Kampf zwischen Schule und Haus, zum Schaden der Kinder.

Aber wir wollen aus der Hauptgemeinschaft aus einer Erziehungsgemeinschaft machen. Eltern und Lehrer müssen zusammenwirken, so dass sie sich zusammenstellen, desto besser ist der Erfolg der Erziehung gewährleistet. Es gilt, die Freuden für die Arbeit zu finden. Wir reden auf den Erfolg unserer Gemeinschaft. Zu einem Erreichen des Gleichberechtigung muss man unserer Ansicht nach Rechnung tragen. Bei der Not der Zeit kann niemand unsere Arbeit entbehren; es ist unmöglich, dass wir unsere Leiden noch durch einen Kampf um die Schule vergrößern. Wir wollen auch für uns Freiheit der Tätigkeit in der Erziehungszielung. Wir werden diese Freiheit zu verteidigen wissen. Unsere Zukunft liegt in unserer Hand. Wir müssen uns rütteln, wenn wir our Verküpfung rechtlich machen wollen. Katholisch Volk und katholische Lehrerschaft müssen, dass sie ihren Glauben nur im Verein mit der Kirche bewahren können. So soll die Verbindung zwischen Kirche und Schule auch in Zukunft bestehen bleiben, damit unsere Schule nicht bloß dem Staate leistungsfähige Bürger heranbildet, sondern auch Menschen erzieht, die auch ihrer stolzen Bestimmung gerecht werden und ihr ewiges Ziel zu erreichen vermögen. (Lebhafte Beifall.)

Darauf ergreift der hochwürdige Herr Bischof von Hildesheim, Dr. Josef Ensl, das Wort zu einer Ansprache an die Bevölkerung, in der er ausführt: Da freue mich, es hier ansprechen zu können, dass der Bischof mit dem katholischen Lehrerverbande sein volles Vertrauen schenkt, dass er vertraut, dass dieser Verband wie bislängig so auch in Zukunft die Rechte der Kirche auf die Schule, die Rechte der Kirche auf die Erziehung unserer katholischen Kinder vertreten wird. Wir haben jedoch einen instruktiven höchst belebenden Vortrag darüber gehört, wie jetzt die Lage ist, was wir zu befürchten und was wir zu erwarten haben. Wir haben vieles zu befürchten, haben aber nur wenig zu erwarten, wenn wir nicht unsere Pflicht erfüllen. Der Herr Nedner hat es wiederholt betont: das katholische Volk darf nicht lässig sein, es darf den Schulfragen nicht teilnahmslos gegenüberstehen. Er hat betont, dass wir nur auf Erfolg, aber dann auch sicher auf Erfolg rednen können, wenn wir nicht nur einig sind, wenn wir auch arbeiten, wenn wir eintreten für unsere Forderungen, die wir in bereit der Schule haben. Wir dürfen da nicht gleichzeitig sein. Das Interesse der weitesten Strecke muss immer mehr für die katholische Schule, für den Fortbestand der konfessionellen Schule, für die Erhaltung der konfessionellen Schule gewahrt und gefordert werden. Viele schaffen: viele halten die Gefahr für nicht so groß; sie denken nicht weiter nach. Aber da müssen wir ja aufwenden. Da müssen wir ihnen immer wieder sagen, wie gefährdet die katholische Erziehung der Kinder in unserer Schule ist. Sie alle stimmen mit dem Nedner überein, wenn er sagt: Wir wollen Kinder, welche unseren Kindern eine möglichst heile Bildung und Ausbildung für die Welt geben: aber vor allem wollen wir Kinder, welche den Menschen, die Kinder, für Gott und das ewige Leben erziehen. Das alles wollen wir, das alles wollen unsere christlichen Eltern. Wenn sie das aber wollen, dann dürfen sie in diesem Kampfe nicht teilnahmslos beiseite stehen, müssen mit kämpfen, mit treten, alle sich zusammenrücken. Sie dürfen nicht bloß die katholischen Lehrer eintreten lassen für die konfessionelle Schule, nein, das katholische Volk muss hinter den katholischen Lehrern stehen und darüber nachdrücklich seine Forderungen unterstützen. Und deshalb bitte ich alle unsere Katholiken, alle die Eltern, alle Väter und Mütter, ich bitte alle, welche da wünschen, das Christentum, das katholische Christentum möge fortgepflanzt werden, bei denselben, die nach uns kommen; sie alle, bitte ich, einzutreten und einzutreten in den Kampf für die konfessionelle Schule. Sie alle, alle Eltern bitte ich, einträglich mitzuwirken mit der Lehrerschaft, mit der Geistlichkeit an der Schulernierung der Kinder. Nur wenn wir zusammen einig sind in der Meinung, einig im Handeln, einig sind in dem, was wir von der Schule wollen, einig sind im Streben, unseren Kindern eine religiöse Erziehung zu verschaffen, nur dann kann etwas Gutes für die Kinder aus der Volkschule hervorpricken. Und das ist mein Wunsch, den ich hier ansprechen möchte: Einig sein, mitarbeiten, mitkämpfen, mitthelfen, dass wir die konfessionelle Schule unsere Kinder herangebildet werden zu tüchtigen Menschen in jeder Beziehung, vor allem aber auch zu treuen katholischen Christen, zu treuen Dienern dessen, der sie geschenkt hat. (Starke, anhaltender Beifall.)

Die Annahme der Entschließung des kath. Lehrerverbandes

Der Verbandsvorsitzende dankte dem hochwürdigsten Herrn Bischof für die anerkennenden Worte und legte die von der Vertreterversammlung angenommene Entschließung zur Besprechung vor. Als Vertreter der Eltern begrüßte Oberlehrer Wolpert das entschiedene Eintreten der katholischen Lehrer für die konfessionelle Schule. Da dürften die katholischen Eltern nicht zurückbleiben, wenn es gilt, mitzuwirken und diese zu verteidigen. Einstimmig erklärte man sich für die Annahme der vorgelegten Entschließung.

Sächsische Volkskammer

Die Eröffnungssitzung der Minister vor der Volkskammer

Dresden, 16. Juni.

Die Volkskammer trat heute nachmittag 4 Uhr nach den Pfingstferien wieder zu ihrer ersten öffentlichen Sitzung zusammen, der die Minister Dr. Gräfinauer, Uhlig, Ritsche, Heldt und Schwarz beiwohnten.

Präsident Fräsdorf teilte vor Eintreten in die Tagesordnung mit, dass die Regierung eine Anzahl Ergänzungen zu dem Nachtragsetat herausgeben werde, die dem Finanzausschuss sofort zugegeben sollen.

Finanzminister Ritsche betont nach einer Einwendung des Abg. Günther (Dem.), dass es sich lediglich um eine Ergänzung des schon vorliegenden Nachtragsetats handle.

Diese Ergänzung sei allerdings ziemlich umfangreich, so daß auch die Regierung Bedenken gehabt habe, die Vorlage sofort dem Ausschusse zu überweisen. Dies sei jedoch mit der Geschäftslage des Hauses begründet, weshalb er bitte, diesmal eine Ausnahme zugelassen.

Abg. Günther (Dem.) bemerkt, daß es sich um eine Vorderung handle, die den Charakter eines Nachtragsetats nicht habe. Es sei nicht angängig, daß man die erste Verantwortung dem Finanzausschuß A übertragen wolle. Hiergegen müsse er namens seiner politischen Freunde Verwahrung einlegen. Gerade bei dem Einkammsystem sei es dringend notwendig, daß derartige Vorlagen stets einer allgemeinen Vorberatung unterzogen werden.

Präsident Fraßdorff teilt mit, daß die Kammer bereits am Mittwoch oder Donnerstag in den Besitz der Druckschrift gelangen werde. Der Finanzausschuß A solle lediglich vorher Einsicht abhalten, um die Angelegenheit zu beschleunigen.

Abg. Hofmann (Deutsch-Nat.) ist nicht der Meinung, daß die Vorlage hierdurch schneller erledigt wird. Infolgedessen halte er es für richtiger, wenn erst eine allgemeine Vorberatung stattfindet.

Die Kammer beschloß hierauf, den Nachtragsetat zur Vorberatung auf eine Tagesordnung zu setzen.

Kunnefeld folgte die allgemeine Vorberatung über die Vorlage Nr. 11, betr. den Entwurf eines Gesetzes über die Dienststellung der Minister.

Abg. Schierland (Dem.) erklärt, daß seine politischen Freunde mit der Überweisung der Vorlage an den Finanzausschuß A einverstanden seien. Ein Gehalt von 20 000 Mark sei in Abrechnung der jetzigen Zeiten nicht zu hoch, besonders wenn man in Betracht ziehe, daß die Oberbürgermeister der großen Städte in einigen Fällen das Doppelte begießen. Allerdings werde hier eine besondere Vorbildung verlangt. Der Redner bemerkt noch, daß die Wirtschaftsautos jetzt besonders stark von den Ministern benötigt werden.

Abg. Fleischner (Unab.) ist mit der Höhe des Gehaltes und mit der Überweisung der Vorlage an den Finanzausschuß A einverstanden. Im übrigen müsse er die Vorlage jedoch ablehnen, da ihr Inhalt mit dem parlamentarischen System nicht in Einklang zu bringen sei. Man hätte ruhig erst die weitere Gestaltung der Verhältnisse abwarten können, besonders mit der Abfindung der Minister sei er nicht einverstanden. Nach einer vierwöchentlichen Ministerherrlichkeit sollten diese eine Abfindung von 8000 Mark erhalten. Diese mache bei acht Minister 64 000 Mark.

Abg. Beutler (Deutsch-Nat.) äußert Bedenken gegen die Bestimmungen betr. die Besoldung der Minister. Für die neuen Minister seien alle Repräsentationsausgaben weg. Es sei auch notwendig, daß sich die Minister voll und ganz ihrer Stellung widmen und es sei nicht angängig, daß der Minister zugleich Stadtverordnetenvorsteher sei. Dies könnte sogar zu Kollisionen führen.

Abg. Blüher (Deutsche Volksp.) betont, daß der Finanzausschuß die Verpflichtung habe, das Sachliche aus der Vorlage herauszuschälen. Gegen die Abfindung könne man Bedenken haben, wenn die Minister streiken würden. Auch über die Höhe der Gehälter könne man verschiedener Meinung sein. Jetzt seien acht Minister gegen fünf in früheren Zeiten vorhanden. Notwendig sei die Besetzung des Dienstbezuges des Minister, die zugleich Mitglied der Volkskammer seien. Eine Pensionierung der Minister, die denktungslos geworden seien, sei nach seiner Meinung angebracht. Hieran knüpfe sich noch eine kurze Aussprache über die

Verhandlungen betr. die Höhe der Ministergehälter im Arbeiter- und Soldatenrat, wobei festgestellt wurde, daß der damalige Finanzminister Geyer sich ganz entschieden gegen eine Verabstimmung der Ministergehälter gewandt hatte, während Vizepräsident Lipinski erklärte, daß er damals den Ministerposten nicht mit Rücksicht auf den Gehalt angenommen habe. Die Vorlage wurde schließlich einstimmig dem Finanzausschuß A überwiesen.

Die Kammer erlebte dann noch in allgemeiner Vorberatung die Vorlage 12 betr. den Entwurf eines Gesetzes über die Wahlen zu den Bezirksversammlungen, Bezirksoffizialen, Kreisausschüssen und innerhalb dieser Kreisversammlungen.

Ricke und Unterricht

k Delitzsch 1. G. Zu besetzen ist die ständige Lehrerkelle an der kath. Schule. Ansangsgehalt 3000 M. und die gesetzlichen Rentenversicherungen. Bewerbungen bis 25. Juni an das Apostolische Vikariat.

Nachrichten aus Sachsen

Demonstrationen in Pirna

Pirna, 16. Juni. Heute vormittag versammelten sich etwa 200 bis 300 Personen auf dem Markt. Eine Deputation wurde auf dem biefligen Lebensmittelamt wegen besserer Versorgung mit Lebensmitteln vorstellig. Stadtrat Scheufle erkannte die Beschwerden als berechtigt an und gab die Zulassung, daß alles versucht werde, die Versorgung besser zu gestalten. Der vor dem Rathause harrtende Menge dauerte die Verhandlung zu lange, sie drang in das Rathaus ein und, als sie eine Verbindungsstür verschlossen fand, wurde die Erfüllung eingeschlagen. Vom Markt begab sich die Menge nach der Amtshauptmannschaft, auch hier stürmte sie noch einigem Warten in den Verhandlungsbau. Der Amtshauptmann versprach, sein Möglichstes zur Verbesserung der Ernährungsfrage für den hiesigen Bezirk tun zu wollen. Die Demonstranten begaben sich ferner nach der Firma Baede und Nierbauer, der die Verteilung der Lebensmittel übertragen ist und erreichten, daß das Auslandsmehl, das erst Ende der Woche ausgegeben werden sollte, schon heute verteilt wird.

Merseburg, 16. Juni. Der verschärfte Belagerungszustand und das Standrecht sind über Merseburg verhängt worden. Ein Teil des Sächsischen Grenzjägerregiments Nr. 2 ist unter dem Kommando des Majors von dem Busche hier eingetroffen. Die Kommandantur befindet sich in Häßlers Hotel. Eine Anzahl kommunistischer Führer sind in Schutzhaft genommen worden und die Polizeistunde wurde auf 9 Uhr abends festgesetzt.

Aus Dresden

— * Lebensmittelbelieferung für die Stadt Dresden siehe „Amtliche Bekanntmachungen“.

— * Geheimer Rat Dr. Johannes Müller, vortragender Rat im Kultusministerium, tritt am 1. Oktober in den Ruhestand.

— * Eine erneute Erhöhung des Gaspreises wird vom Rat zu Dresden angekündigt. Nach der Ende Juni stattfindenden Standaufnahme der Gasmesser wird der Preis für das Kubikmeter Gas um 5 Pf. erhöht werden.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

S Dresden, Kathol. Bürgerverein. Bekanntlich ist der letzte Zeitpunkt, bis zu welchem die Vermögensaufstellung eingereicht sein muß der 30. Juni. Es wird darum für unsere Mitglieder nur von groben Angen sein, an der Mittwoch den 18. Juni abends 8 Uhr stattfindenden Versammlung, in der Herr Rechtsanwalt Dr. Hille die Frage behandeln wird, recht zahlreich teilzunehmen. Gedenkholt sind auch dem Verein herzliche alle Gäste herzlich willkommen.

Willingenthal 1. G. Während der Pfarrfeierstage sind zum ersten Male hier in der kath. Kirche eine kleine Volksmission statt, die die rege Teilnahme seitens der Gläubigen erfreute. In der den Söhnen des hl. Alfonius eigenen schlichten und heiligen Verstand es der Missionärsprediger, mittens im Wechsel und Wanbel der Gegenwart die ewigen, unabänderlichen Wahrheiten seiner Subjekte vor die betracchte Seele zu rufen. Es brachte eine padende, dabei auf dem einfachen Mann aus dem Volle wohl verständliche Apologie der göttlichen Vorstellung, er zeigte ihnen für den Wiederaufbau das gründliche Fundament der alten, heiligen geistlichen Gebote. Ergriffen waren gestaltete sich die theologische Prozeß, die sich nach der Sakramentspredigt in der dunkelnden Abendstunde des zweiten Pfarrfestes der Vaterkirche über das große Kirchengrundbild um das heimliche Gottheitshaus bewegte, wobei Herr Pfarrer Mandel aus Koitz unter dem Baldachin das Allerheiligste trug. Gern werden die Gedenktage allen Teilnehmern noch lange in Herinnerung bleiben.

Kunst, Wissenschaft und Vorträge

= Künstlervereinigung Dresden. Die Eröffnung der Sommerausstellung wird am Sonnabend den 21. Juni vormittags 11 Uhr im Neuen Städtischen Ausstellungsbau an der Brunnstraße erfolgen. Für das Publikum ist die Ausstellung am gleichen Tage von 1 Uhr an geöffnet.

Eingesandt

(Für diese Rubrik trägt die Redaktion nur die preisgekrönte Verantwortung.)

Das heilige Kronleuchtersfest steht vor der Tür und wir dürfen wir es feiern und den Herrn preisen, loben und danken. Der Glanz des Hutes fehlt diesmal, und alles lässt wie doch daraus sagen, an diesem hochheiligen Tage den Heiland im hochheiligen Sakrament besonders zu feiern. Wie schön ist es nun in katholischen Gegenden, wo die Unschuld im festlich weißen Kleide mit blühenden Zweigen vor dem König der himmlischen Herrlichkeit in der ergiebigen Prozeßion eindringt! Wie feierlich, wenn die herangewohnten Mädchen vor dem Altarschrein in weißen Kleider mit brennenden Kerzen schleifen und so dem erhabensten Sakramente ihre Ehre richten! Wäre es nicht sehr angebracht und würde es nicht auch in unserer Kirche das heilige Fest in seiner Erhabenheit noch verschönern, den überirdischen Glanz des Allerheiligsten noch mehr verdichten? Wie sagt doch so schön ein nichtkatholischer Philolog: Die heilige Messe, die Brücke der priesterlichen Gewänder, die weiblichen Ceremonien, der Duft des Weihrauchs und der Glanz des Lichts, alles vereint sich zu einer wunderbaren Vorbefreiung Gottet! Es würde mich freuen, wenn diese Sellen den Anstoß geben würden, daß die Schulen und katholischen Vereine zweckmäßig die Ausgestaltung der Prozeßion in diesem Sinne auf die Jugend einzurichten würden.

H. M.

Kirchlicher Wochenkalender

Fronleichamsfest.

Teublitz. 9. Pr. u. feiert. **S.**

Röntgen. 1/27. Pr., 1/28. R., 1/29 feiert. **D. u. Fest-Pr.**

Zeulenroda. 9. Pr. u. 10. R.

Pirna. 6. R., 1/27 R., 1/28 So. m. Altarrede, 9 feiert. **C.**

m. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. C. E.

Industrieausstellung. Den 21. Juni.

Denkmalsfest. Den 21. Juni.

Wiederholung. Den 21. Juni.

Protestantische Kirche. Den

Beilage zur Sächsischen Volkszeitung

Nr. 136

Dienstag, den 17. Juni 1919 abends

18. Jahrg.

Ursachen und Auswirkungen des Bolschewismus

Von radikalen Kreisen wird noch immer die Verbrüderung mit den russischen Bolschewisten gepredigt, obgleich unter Volk die verderblichen Folgen, die keine Begleitersehnen bilden, bereits zur Genüge am eigenen Leibe verübt hat. Deutschland ist nicht reif für die sozialistischen Revolutionstheorien, und wenn es daher trotzdem bei uns zu einer Umformung nach bolschewistischem Muster käme, würden wir noch gräßlichere Dinge erleben, als wir sie an Russland haben.

Das russische Volk stand auf einer sehr tiefen Kulturstufe. Der Zarismus, dem jedes Verständnis für Bildung und Erziehung der Volkscole fehlte, hat es in einem Zustande völliger Blindheit zu erhalten vermocht. Durch drakonische Gesetze und Erlasse wurde zudem das Volk ständig in Abhängigkeit gehalten. Man denke nur an Sibirien, wo die armen Opfer zaristischer Tyrannen für die kleinsten politischen Verbrechen Jahrelang, oft bis an ihr Lebensende büßen mußten. Es genügte die Anzeige irgend eines Täufers, um eine Person und mit ihm oft seine ganze Familie ohne Gerichtsverhandlungen, ohne jede Verteidigungsmöglichkeit unschädlich zu machen. So lebte das Volk ständig in einem Zustande völliger Unsicherheit. Niederrallt sich es, überall grinst ihm das Gespenst der Pein entgegen. Wer sollte es ihm da verargen, wenn es sich nach einem Retter, einem Befreier sehnte.

Als dann die Revolution in Russland ausbrach und die Sozialisten unter Kerenski die Regierung bildeten, glaubte das Volk sich endlich von seinem Zwingerherren befreit. Doch schon nach wenigen Wochen mußte es einsehen, wie bitter es sich getäuscht hatte. Das Kabinett Kerenski zeigte sich vollständig unsfähig, ein Riesenwolf wie das russische zu regieren. Zudem fiel es in den alten Fehler der Zarenherrschaft zurück, es verbündete sich mit den zum Krieg treibenden Klassen, die das Volk für die Entente verbluten lassen wollten, trotzdem man ihm so leid war und täglich lauter nach dem Frieden rief. Die Stimmung des Volkes wurde daher immer gereizter, und Trotzki und seine Parteifreunde verstanden es, sie für ihre Zwecke auszunützen. Das Programm, das von ihnen entwickelt wurde, und in welchem die volle Freiheit und Bevorzugung und Besserstellung der ärmeren Klassen vor den bisher herrschenden versprochen, fand allerseits Billigung, und mit Hilfe des Volkes wurde es ihnen daher spielend leicht gemacht, Kerenski zu stürzen und die Macht an sich zu reißen. Doch bald schon zeigte sich, daß die neuen Gewaltherober nicht das durchsetzen konnten, was sie versprochen hatten. Die russische Volkswirtschaft hatte im Kriege zu sehr gelitten und die „Reformvölker“, die Lenin und Trotzki durchzusetzen suchten, waren ihr nicht zum Nutzen. Die Sozialisierungsmahnahmen richteten die Industrie völlig zugrunde. Jünglose Banden, zumeist von den Bolschewisten aus dem Gefängnis befreite Verbrecher, nahmen die Leitung der Betriebe in die Hand. Ihnen fehlte natürlich jegliche Kenntnis, die noch vorhandenen Kräfte auszunutzen und ein allmähliches Wiederaufleben der Volkswirtschaft dadurch zu ermöglichen. Die Industrie ging infolgedessen völlig zugrunde, das Volk war zur Arbeitslosigkeit und zur völligen Erwerbslosigkeit verurteilt. Bei dem Mangel an jeglichen Organisationstalent gelang es auch nicht, das Volk genügend zu ernähren und die Lebensmittelversorgung sicherzustellen, zumal jegliche Einfuhr aus dem Auslande stockte. So kam Russland allmählich auf seinen heutigen belästigten Zustand, die Not wuchs von Tag zu Tag und die unzufriedenen Massen zerstörten noch, was bisher verschont geblieben war. Vergebens versuchten die bolschewistischen Führer mit Reformen dem gänzlichen Untergang zu steuern, aber alle Maßnahmen fanden zu spät. Vergebens sahen sie sich auch nach Hilfe aus den bürgerlichen Kreisen um. So wurde wiederholt der Versuch ge-

macht, in den Fabriken und Betrieben die abvongejagten Direktoren und Aufsichtsbeamten wieder einzustellen. Die zur Herrschaft gelangten Bolschewisten zeigten sich wenig gewillt, ihre Macht aus den Händen zu lassen. Wollten die Bolschewisten die Weiser, die sie in den Revolutionstagen rieten und die ihnen nun lästig werden, los werden, dann müßten sie eine völlige Neuorganisation in Russland in die Wege leiten, mit anderen Worten gesagt, die seit der zweiten Revolution bestehenden Zustände völlig umwandeln, dem Bolschewismus selber entzogen, die Macht an andere Parteien abtreten. Nur so könnten die schwierigen Dinge in Russland gelöst werden.

Auch das Volk, das seiner Zeit dem Bolschewismus jubelnd gebuhlt hat nicht das heute ein. Nach einem neuen Befreiung verlangt es nun und führt lebend nach der Seite, wohin die Bürgerlichen flüchten müssen. Die bolschewistischen Theorien haben sich als völlig falsch erwiesen und je eher den jetzigen Machthabern die Gewalt aus den Händen gewunden wird desto eher bietet sich die Möglichkeit für Russland und sein Volk wieder aufzuleben. Gegenwärtig machen sich ja auch schon die Strömungen, die an der Unterwerfung der radikalen Macht arbeiten immer mehr fühlbar. Die bürgerlichen Parteien gewinnen täglich an Anhänger. Gelingt es aber nicht, dann geht der Weg noch weiter bergab, bergab bis in den Abgrund, aus dem es kein Wiedererheben gibt. Heute schon bereitet in Russland ein wüstes Chaos.

Dieselben Zustände würden in Deutschland eintreten, wenn es den radikalen Kreisen gelänge, sich mit dem Bolschewismus zu vereinigen und eine Umbildung der Regierung nach russischen Rätemustern zu ermöglichen. Unsere Volkswirtschaft ist heute schon keineswegs auf dem toten Punkt angelangt und nur gewisse Reformen können ein Wiederaufblühen gewährleisten. Der Bolschewismus aber, der alle Bände der Ordnung gelöst und Russland vernichtet hat, darf und kann uns hierbei niemals als Vorbild dienen.

Spectator.

Der Papst und die Notlage der Armen in Deutschland

Am 18. Februar 1919 sandte der Vorsitzende des Zentralausschusses der Winzenvereine Deutschlands, Herr Neugymnasialdirektor Dr. Storch in Köln, durch Vermittelung des Herrn Kardinals von Hartmann eine ausführliche Darstellung der durch den unglücklichen Krieg geschaffenen Notlage in Deutschland an den Kardinalprotector Winzenz Tantumelli in Rom mit der Bitte, in den alliierten Ländern für eine Hilfsaktion zugunsten der Notleidenden in Deutschland einzutreten. Darauf ist folgende Antwort aus Rom eingegangen:

Eminenz! Einen tiefen Eindruck hat auf mich der Bericht gemacht, den Herr Dr. Storch mir zu überreichen für angemessen gehalten hat und den Eure Eminenz die Güte hatten, durch Bemerkungen über die durch die Lebensmittelnot hervorgerufene katastrophale Lage der Konferenzen des hl. Winzenz von Paul in Deutschland noch weiterhin zu ergänzen. Der Gedanke, daß ja viele Arme, Greise, Frauen und Kinder, aus Mangel an Unterstützungen und an Mitteln, diese ihnen zu gewähren, Hungers sterben, muß einen in der Tat mit tiefem Schmerz erfüllen. Nicht nur die christliche Nächstenliebe, sondern sogar allgemein menschliches Mitgefühl fordert hier Abhilfe. Ich verheile mir nicht die Schwierigkeiten, denen wir uns gegenüber sehen; aber trotz allem bin ich, soweit es von mir abhängt, gern bereit, dem Zentralrat der Winzenvereine Deutschlands bei seiner Aufgabe, so vielen Unglücklichen hilfreiche Hand zu bieten, beizutreten. Zu diesem Zweck habe ich an den Vorsitzenden des Generalrats der Vereine vom hl. Winzenz von Paul in Paris geschrieben und ich hoffe gern, daß er, ergriffen von

dem Ernst der Lage, auf Mittel und Wege bedacht sein wird, um nach Möglichkeit Abhilfe zu schaffen. Sehr wahrscheinlich werden in den einzelnen Ländern Sammlungen veranstaltet werden.

Ich habe es mir auch angelegen sein lassen, dem Heiligen Vater den Bericht des Herrn Dr. Storch mitzuteilen. Seine Eminenz, Herr Kardinal Gasparri, hat ebenfalls hierzu Kenntnis genommen, um gegebenenfalls von den dorin enthaltenen so betrübenden Angaben Gebrauch zu machen. Ich brauche Eurer Eminenz wohl nicht noch besonders zu erklären, daß das Herz des gemeinwohls dienenden Vaters der Gläubigen davon aufs schmerlichste berührt wurde. Ich will Ihnen, Eminenz, nur sagen, und bitte Sie, Herrn Dr. Storch davon Mitteilung zu machen, daß (wie schon kurz gemeldet) Seine Heiligkeit in dem Wunsche, etwas zur Widerbringung großer Elendes beizutragen, dem Zentralausschuß der Winzenvereine Deutschlands die Summe von 50 000 Frank (50 000 Lire) zur Verfügung stellt. bitten wir Gott, daß er diese Zeit der Not und so furchtbare Prüfung abkürzen wolle, und sagen wir unser Vertrauen auf die göttliche Güte, während wir zugleich das Unserige tun.

Ich bitte Eure Eminenz, den Ausdruck meiner tiefsten Verehrung entgegennehmen zu wollen. Eurer Eminenz sehr gehorcher und ergebener Diener Winzenz Kard. Tantumelli. An Seine Eminenz Herrn Kardinal von Hartmann, Erzbischof von Köln.

An die Christen aller Nationen

Aufruf der Christlich-Sozialen Deutsch-Oesterreicher

Nicht mitleidshabend, nicht mit neuen Umstürzen drohend, erheben wir unsere Stimme, sondern im Namen der christlichen Gerechtigkeit, welche die Grundlage der sozialen und staatlichen Wohlfahrt der Völker bildet.

Der Friedensvertrag von St. Germain bedroht Deutsch-Oesterreich mit völliger Vernichtung. Im Beitalter der Selbstbestimmung der Völker verurteilt man von zehn Millionen Deutsch-Oesterreichern vier Millionen zu immerwährender feindlicher Besiegung. Selbst die Tiroler Heimat Walser von der Vogelweide und Andreas Höfers, urdeutsch seit unendlichen Zeiten will man uns entziehen. Doch auch dem unglücklichen Recht unseres Volkes, der inneren Staate verbleiben soll, nimmt man Freiheit und Lebensfähigkeit, beschloßt die Verkehrsnotenpunkte unserer Grenzen, die wichtigsten Alpenläufe, durchsucht mit freudigen Eisenbahnen unser Land, nachdem man uns vom Meer getrennt und unsere urteile Schiffsahrt zerstört hat. Unsere heimische Volkswirtschaft wird des Schutzes beraubt, unser Handel enteignet, selbst die privatrechtlichen Güthen unserer Mitbürger werden bedauern. Viele, die im Vertrauen auf die Unvergleichlichkeit der Rechtsordnung vor dem Kriege im Auslande redlich ihr Brod verdient und dort ihre Ersparnisse im guten Landen angelegt haben, werden jetzt der Früchte lebenslanger Arbeit für verloren erklärt. Man bedroht uns mit wirtschaftlichen Bedingungen, nach denen wir nicht einmal die für die Weisen und Witwen angelegten Gelder werden retten können. Ein Leidiges, bedecktes und begabtes Volk, das geschnitten war durch die Grausamkeit und den Abschluß seiner Sitten, wird zum Bettlerkoste verurteilt.

Durch welche Schuld haben wir dieses Schicksal auf uns geladen? Es ist wahr: Wir haben unsere Heimat, die man jetzt zerstören will, mit treuer Hingabe verteidigt, wie wir, durch Hunger und die Zahl des Gegner überwältigt, nicht mehr konnten. Die Blüte unseres Volkes liegt in den Gebirgen des Tiroler Dienzen, in den Schluchten des Königs und in den Sandsteppen und Sümpfen der russischen Randebiete. Wir haben unser Teueres für die Verteilung unseres Landes hingegeben. Seit wann ist aber der

Durch schwere Not . . .

Originalroman von Anni Gruscha
(46. Fortsetzung)

23.

Witten in einem Tal erhob sich Tante Fifi plötzlich, vom Scheitel bis zur Sohle würdevolle Gefränsheit.

„Du entschuldigst, lieber Hans, wenn ich diese . . . interessante Vorlesung für einen Augenblick unterbreche, um mich von dir und Gisela zu verabschieden. Aber ich möchte den Schnellzug um 5.20 nicht versäumen. Du erlaubst doch, daß mich Klinger zur Station fährt?“

Graf und Gräfin erhoben sich bestürzt. „Kannst du nicht darüber verduften? „Was soll denn dies heißen, Fifi? Ich dachte, du bleibst mindestens ein paar Wochen auf Graditz, wie sonst immer?“

„Das war auch meine Absicht. Aber ich bin natürlich nicht so indiscret. Familienidylle föhlen zu wollen, die man vor mir verheimlichen will. Auch zu stolz, um mich . . . anlügen zu lassen, wo unsere nahe Verwandtschaft mir ein Recht auf Wahrheit gäbe, wie ich glaube!“

„Na, hör mal, Fifi — da brate sich einer einen Storch! Wer lügt dich an? Sei so gut und sprich dich deutlicher aus! Ich will Kunz heißen, wenn ich auch nur einen Ton davon verstehen!“

Ein hohnvolles Lächeln kräuselte Tante Fifis Lippen. Ihr Blick flog zu Annelyse, der das Buch jäh aus der Hand gefallen war und die nun dastand totenblau, hochaufgerichtet, aber mit einem stolzen entschlossenen Ausdruck im Gesicht, der weder von Gedemüttigkeit noch Schuldbewußtheit sprach.

„Deine Schwiegertochter, lieber Hans, scheint weniger Lust zum Deugnen zu haben als du! Freilich — es hat ja

auch keinen Zweck, da ich sie doch von ihrer Stellung bei Höhnel her zu gut kenne! Es ist ja natürlich ganz eure Sache, wie ihr euch zu Willfrieds Frau stellt, und vielleicht nur klug und großmütig, daß ihr sie in dieser Weise allmählich vertraut mit unserem Kreise werden lasst. Nur — verzeihe, lieber Hans — daß ihr auch mir gegenüber Komödie spielen wollt, muß mich, wie du zugeben werdet, empören! Denn ich war euch allen stets nicht nur Verwandte, sondern eine treue Freundin. Aber natürlich, wenn man mich so behandelt, bleibt mir nichts anderes übrig, als zu gehen!“

Greuzach war furchtbar blaß geworden.

„Bleib!“ sagte er rauh. „Ich verstehe noch immer nicht, Stellung bei Höhnel — Schwiegertochter? — Wen meinst du eigentlich?“

„Jetzt war es Tante Fifi, die ihn ganz verblüfft anstarnte. Eine Ahnung der Wahrheit dämmerte ihr auf.

„O — jolltest du wirklich nicht wissen, daß die junge Person dort, die ihr als „Schwester Elisabeth“ nennt, Willfrieds Frau ist?“ sagte sie überrascht.

In Greuzachs Augen sprang ein Funke auf, der seine Gemahlin erschreckte. Denn sie wußte: Das ist der Greuzachsche Jähzorn. Und dann mußte der auch sein Opfer haben.

Sie hätte gern beschwichtigt. Vor allem Tante Fifi und Annelyse eilten aus dem Zimmer geschoben, aber sie kam gar nicht dazu. Auch war sie vor Bestürzung selber wie zerschlagen.

Greuzach schrieb seine Cousine an: „Das ist eine Lüge!“ Fifi Reinmeister zuckte bloß mit den Achseln.

„Frage sie doch selbst, wenn du noch einer Bestätigung bedarfst! Wußtet ihr wirklich nichts, dann ist es aber doch

eine unerhörte Frechheit von dieser Ladenmanniell, euch so zu dämpfen!“

Greuzachs Augen, die vorgequollen und blutunterlaufen aussahen, bohrten sich förmlich in Annelyses blasses Gesicht.

„Zit das mehr? Antworten Sie!“ stieß er rauh heraus. Annelyse blieb ihn traurig an.

„Ja,“ antwortete sie leise.

„Und da wogten Sie . . . wogten sich hier einzuschleichen wie eine — Tiebin und ehrliche Leute zu betrügen?“

Annelyse, die wohl wußt, daß er außer sich war und bestört sein sich immer dunkler rot färbendes Gesicht beobachtete, war vor allein daran bedacht, den Jähzorn nicht noch mehr zu reizen. So ruhig und höflich, als es ihr möglich war, antwortete sie:

„Ich habe mich nicht einreichen lassen hier, Herr Graf, und wollte niemand täuschen. Ich wurde einfach von der Spitalsverwaltung nach Graditz geschickt — sehr gegen meinen Willen. Was irgend möglich war, um es zu verhindern, tat ich. Leider konnte ich die wahren Gründe nicht angeben und mußte deshalb schlichtlich gehorchen . . .“

„So! Sie mißt! Ahr so albern halten Sie mich, das zu glauben! Ich will Ihnen sagen, wie Sie falkuliert: Nachdem es Ihnen mit List gelungen war, meinen Sohn einzufangen, möchten Ihnen doch Zweifel kommen, ob wir, die Eltern, diese hinter unserem Rücken geschlossene Heirat untersetzen würden. Denn Gräfin sein genügt ja nicht, wenn einen die Familie nicht anerkennt und des Gatten Hans verschlossen bleibt! Und weil Sie wohl ahnten, daß es damit seinen Hafen haben würde, verwandelten Sie sich flugs in die Rose-Kreuz-Schwester, um sich so leichter in Graditz eindringen zu können. Denn natürlich hofften Sie hier, den törichten Eltern dann schon Sand in die

